

Wie der Windkraft-Ausbau zur ernststen Bedrohung für die Grünen wird

Welt, 22.01.2022, Hannelore Crolly

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus236392595/Energiewende-Wenn-Windraeder-Oeko-Waehler-von-den-Gruenen-abruecken-lassen.html>

Um den Windkraft-Ausbau zu beschleunigen, will die Politik Einspruchsrechte für Bürger und Naturschützer einschränken. Nach einer Studie ist aber sogar mehr Beteiligung nötig, auch durch Geld, um die Bürger mitzunehmen. Vor allem die Grünen müssen sonst um Wählerstimmen bangen.

Der CDU, Juniorpartnerin der baden-württembergischen Regierung, gelang jüngst ein kleines Husarenstück gegen den grünen Koalitionspartner. Nach einer Klausurtagung rügte Manuel Hagel, der 33-jährige Fraktionschef, die Staatskanzlei und das grüne Umweltministerium scharf: Man solle beim Windrad-Bau bitteschön mehr Ehrgeiz an den Tag legen. Zwölf Monate, so Hagel, sollten künftig nur noch vergehen zwischen Plan und Inbetriebnahme eines Wind-Propellers.

Derzeit sind es im Schnitt sechs bis sieben Jahre, manchmal sogar zehn. In diesem Schnecken-tempo brachte das grün regierte Bundesland 2021 gerade mal 28 Windkraftanlagen ans Netz. So, tat die Südwest-CDU in vorwurfsvollem Ton kund, könne es nicht weitergehen.

Es war ein Affront auch gegen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Dessen Landesregierung hat ja bereits 1000 neue Windräder und auch mehr Tempo beim Ausbau versprochen. Im Herbst hatte Grün-Schwarz eine gemeinsame „Task Force Erneuerbare Energien“ an den Start gebracht. Doch offenkundig sichert die CDU derzeit schon mal rechtzeitig die Flanken ab. Noch einmal will man sich nicht als „Bremsklotz“ in der Regierung beschimpfen lassen, wie es die ehemalige grüne Landesvorsitzende Sandra Detzer vor der vorigen Landtagswahl tat.

Auch der neugewählte grüne Landesvorstand insinuierte gerade, es werde wohl „am Widerstand von CDU-Kommunalpolitikern“ liegen, wenn der versprochene Windkraft-Ausbau im Land scheitere. So etwas regt die Christdemokraten auf.

Daher folgt nun die Gegenoffensive: „Wir müssen doch auch mal ambitioniert an die Sache herangehen“, mahnte Fraktionschef Hagel, sein Vize Andreas Deuschle sekundierte in schönstem Fridays-for-Future-Duktus: „Machen ist wie wollen, nur viel krasser.“

Ein geschickter Schachzug, weil dem grünen Ministerpräsidenten mit Blick auf die Realitäten bei Behörden, Bürgern und Naturschützern gar nichts anderes übrigblieb, als den Bremser zu geben – und das gegen den Windkraft-Ehrgeiz ausgerechnet der CDU. Schon eine halbierte Bauzeit von drei bis dreieinhalb Jahren, sagte Kretschmann, wäre doch ein schöner Erfolg. Wie Hagel darauf komme, dass das ganze auch in zwölf Monaten machbar sei, wisse er auch nicht.

Dabei ist die Antwort darauf bekannt, nur eben unangenehm für die Grünen: Die Auflagen beim Naturschutz und Einspruchsrechte der Bevölkerung müssten massiv beschnitten werden. Die Südwest-CDU setzt da an und präsentiert schon mal Vorschläge für ein „Planungsbeschleunigungsgesetz“, um etwa das

Widerspruchsverfahren im Baurecht bei Vorhaben zur Nutzung erneuerbarer Energien abzuschaffen. Die Grünen und Kretschmann, der eine „Politik des Gehörtwerdens“ propagiert, müssen nun zeigen, was wichtiger ist, Klimaschutz oder Bürgermitsprache.

Seine Tendenz hat der Ministerpräsident bereits erkennen lassen. Kurz nach seiner dritten Vereidigung als Regierungschef im Mai 2021 tat er in der „Südwest Presse“ kund, wie problematisch er die vielen Naturschützer-Klagen gegen neue Windkraftparks findet. „Beim Artenschutz müssen wir ein Stück rationaler argumentieren.“ Es könne nicht sein, dass der Rotmilan über die Energiewende entscheide.

Das sehen Naturschützer und Anwohner natürlich anders. Deren Rechte durch Gesetzesänderungen einzuschränken, ist für die Grünen hochriskant. Nach einer Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) bescheren errichtete Windkraftanlagen der Partei nämlich ganz konkrete Probleme.

Weniger Zweitstimmen wegen Windrädern

Die Untersuchung des Ökonomen Sven Heim und des Umweltwissenschaftlers Robert Germeshausen zeigt nicht nur die übliche „Nicht in meinem Vorgärtchen“-Mentalität. Demnach ist zwar die Zustimmung der Bevölkerung zu erneuerbaren Energien grundsätzlich hoch, aber die Windräder sollten bitte in der Nordsee stehen oder wenigstens in Niedersachsen, nicht daheim im Schwarzwald. Mit großen Datensätzen aus mehreren Jahren wiesen Heim und Germeshausen aber auch nach, dass als Folge eines Windrad-Baus die Bereitschaft der Verbraucher spürbar zurückgeht, auf grünen Strom umzustellen.

Die Zahl der Suchanfragen nach Ökostromtarifen auf Preisvergleichswebseiten sei um rund 35 Prozent gesunken, wenn im Postleitzahlgebiet eine Windkraftanlage installiert wurde, fand das ZEW heraus. Dieser Effekt nahm mit der Entfernung der Anlage zur betroffenen Gemeinde ab.

Noch heikler für die Grünen: Mit jedem Windrad, das in einer Gemeinde gebaut wurde, sank dort die Anzahl der grünen Zweitstimmen bei Bundestagswahlen – und zwar um etwa 17 Prozent. Bei Europawahlen sei der Effekt mit rund 23 Prozent sogar noch größer gewesen. Forscher Heim zufolge konnte auch belegt werden, dass selbst jene Menschen vom Öko-Strom und der Öko-Partei abrückten, die sich zuvor ausdrücklich als Verfechter erneuerbarer Energien verstanden.

Außerdem neigten ältere, wohlhabendere Menschen in ländlichen Gegenden besonders stark dazu, eine negativere Einstellung zur Energiewende zu entwickeln, wenn ihnen ein Rad vor die Nase gesetzt wird.

Die Forscher nutzten zwar bis zu zehn Jahre alten Datensätzen für ihre Vergleiche. Aber trotz der Wahlerfolge der Grünen, trotz Fridays for Future und dem Aufschwung, den das Thema Klimawandel medial hat, habe sich nicht viel an den grundsätzlichen Einstellungen geändert, so Ökonom Heim. „Die kurzfristigen persönlichen Interessen liegen immer noch deutlich über den langfristigen kollektiven Interessen. Der Wertverlust der eigenen Immobilie oder eine höhere Stromrechnung sind für den Einzelnen wahrscheinlich weiterhin schützenswerter.“

Solange es nur wenige Windräder gibt, profitieren die Grünen

Auch der Aufschwung für die Grünen vor der jüngsten Bundestagswahl widerspreche den Forschungsergebnissen nicht, so Heim. „Der Windausbau in den letzten Jahren war sehr spärlich.“ In den vier Jahren seit der Bundestagswahl 2017 wurden laut Heim weniger Windanlagen neu gebaut als im Wahljahr 2017 alleine. Auch sei die Fokussierung auf nachhaltige Energien mittlerweile kein reines Grünen-Thema mehr. Weil andere Parteien mitzögen, müssten die betroffenen Wähler nicht mehr nur die Grünen lokal abstrafen. Aber nach wie vor stehe die Öko-Partei ganz besonders für erneuerbare Energien.

„Außerdem weiß man nicht, ob die Grünen nicht womöglich sogar noch besser abgeschnitten hätten bei einem geringeren Windausbau.“ Vor allem aber sind die Effekte offenkundig stark lokal begrenzt. Solange es also wenig Windräder gibt, nutzt das Thema Windkraft den Grünen noch mehr, als es schadet. Das dürfte sich aber, folgt man der ZEW-Studie, mit dem zunehmenden Ausbau umkehren. Zugespitzt ausgedrückt: Die Grünen schaufeln sich mit fortschreitender Verspargelung ihr eigenes Grab – zumindest theoretisch.

In der Praxis sehen die ZEW-Experten sehr wohl Chancen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Die Einspruchsrechte massiv zu beschneiden, hält Heim allerdings für keinen geeigneten Weg. „Wir beobachten in unserer Studie zwei Faktoren, die die Akzeptanz erhöhen.“ Neben größeren Mindestabständen sei das die finanzielle Beteiligung der betroffenen Bürger. Größere Mindestabstände sind schwer möglich, weil dann die Fläche zum Ausbau fehlt. Bleibt der finanzielle Anreiz, den das ZEW für ein sehr effektives Mittel hält.

In der Studie habe es die Akzeptanz beispielweise bereits deutlich erhöht, wenn die Betreiber von Windanlagen die Gewerbesteuer in der Gemeinde entrichten, in der das Windrad steht, und nicht mehr in der Gemeinde, in der der Betreiber der Anlage ansässig ist. Ein Windrad bringt im Schnitt immerhin 10.000 bis 13.000 Euro zusätzliche Gewerbesteuer ein, was zwar nur einen mittelbaren Effekt für die Bürger hat, von diesen aber dennoch wohlwollend registriert wird. Einen mildernden Effekt auf die Empörung haben aber auch Beteiligungsmodelle etwa an den Renditen oder ein vergünstigter „Bürgerstromtarif“.

Grundsätzlich sei aber klar, so Studienautor Germeshausen: „Unsere Ergebnisse unterstreichen die Dringlichkeit, die Gesellschaft für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zu gewinnen. Sonst wird Deutschland die Klimaziele nicht erreichen.“